

Rußland und der IWF: Mission Impossible?

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1999). *Rußland und der IWF: Mission Impossible?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 1/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47763>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 1/1999

7. Januar 1999

Rußland und der IWF

Mission Impossible?

Zusammenfassung

Nachdem Rußland 1992 Mitglied des IWF geworden war, erhielt es zunächst nur geringe Kredite im Gesamtumfang von 4 Mrd. US-\$. Erst nachdem die Zentralbank zu einer ausgeprägten Antiinflationpolitik übergegangen war und die direkte Kreditierung des Staatshaushalts einstellte, wurden Rußland in den Jahren 1995 bis 1997 weitere rund 17 Mrd. mittelfristige Kredite zugesagt. Die Auszahlung verzögerte sich allerdings immer wieder, weil die Wirtschaftspolitik des Kreditnehmers nicht den Vorstellungen des Kreditgebers entsprach. Mitte 1998 versuchte der IWF mit seinem Anteil von 11 Mrd. US-\$ innerhalb eines Stützungsprogramms, an dem die Weltbank und Japan teilhatten, die sich zuspitzende Währungskrise abzufangen. Seit dem Regierungswechsel bemüht sich das Kabinett Primakov bislang vergeblich, die Auszahlung bereits bewilligter Mittel zu erreichen, und legte zu diesem Zweck einen reichlich unrealistischen Haushaltsentwurf für 1999 vor. Gleichwohl ist es möglich, daß der IWF die erwünschten Mittel gewährt, um die Zahlungsunfähigkeit des Landes abzuwenden.

Da die Vergabe von Krediten an Rußland, dem noch jahrelange wirtschaftliche Stagnation droht, wenig Sinn ergibt, sollte über andere Unterstützungsformen nachgedacht werden. Dies gilt insbesondere für die mittelfristigen Kredite des IWF, die auf die Behebung vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerichtet sind. Ein Schuldenerlaß, die Einrichtung eines Währungsrates (Currency board) oder ein Hilfsprogramm ähnlich dem Marshallplan kommen in Frage, wobei jede dieser Möglichkeiten ihre eigene Problematik aufweist.

Die Kreditprogramme des IWF

Das postulierte Ziel des IWF ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik und die Förderung des Welthandels. Der IWF hatte seine Aufgabe ursprünglich darin gesehen, Zahlungsbilanzdefizite zu überbrücken, die im System der festen Wechselkurse immer wieder auftreten konnten. Die Ursache dieser Zahlungsbilanzprobleme sah der IWF in einer zu großen Binnennachfrage, welche die Importe zu stark ansteigen ließ und die Exporte schmälerte, wenn die einheimischen Preise stärker als die Weltmarktpreise stiegen. Die Kredite des IWF sollten dem Staat Luft verschaffen, um notwendige Ausgaben tätigen zu können, ohne den Kapitalmarkt zu stark zu belasten. Seit seinem Bestehen (der IWF wurde 1946 gegründet) hat der Fonds sein

Kreditangebot mehrfach erweitert. Neben den als kurzfristige Überbrückungshilfen gedachten "Beistandskredit", die innerhalb von maximal fünf Jahren fällig werden, werden u.a. längerfristige "Erweiterte Kredite" sowie "Erweiterte Strukturanpassungskredite" gewährt, die innerhalb von zehn Jahren zurückzuzahlen sind. Daneben gab es inzwischen wieder ausgelaufene Sonderkreditprogramme wie die "Systemtransformationskredite".¹ Als Gegenleistung erwartet der Fonds – neben der pünktlichen Tilgung der ausgegebenen Kredite – die Verpflichtung der Regierung des Kreditnehmerlandes zu bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, was "Konditionalität" genannt wird. Bei den längerfristigen Krediten sind dies mit dem IWF abgestimmte quantifizierte Pläne für die Geld- und Fiskalpolitik des Landes. Einer derartigen Kreditgewährung geht eine Darlegung der Reformabsichten der kreditnehmenden Regierung ("letter of intent") voraus. Der IWF achtet besonders auf die Einhaltung der Pläne für makroökonomische Größen wie das Defizit des Staatshaushalts, die Höhe der Währungsreserven und der Auslandsverschuldung. Daneben berücksichtigt er die Ausgestaltung des Preissystems, wozu Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise gehören und er fordert die Aufhebung von etwaigen Beschränkungen für diese Preise.

Das Engagement des IWF in Osteuropa

Schon 1982 war der IWF zu dem (allerdings fragwürdigen) Ergebnis gekommen, daß seine Empfehlungen für Planwirtschaften ebenso wie für Entwicklungsländer anwendbar seien.² Umgekehrt begrüßten auch die ehemaligen sozialistischen Länder Ostmitteleuropas das Engagement des IWF, weil ihnen durch die Vorreiterrolle des Fonds die Tür zu langfristigen Krediten der Weltbank und privater Kreditgeber geöffnet und Umschuldungsverhandlungen erleichtert wurden. Nicht zuletzt erhofften sich die Reformer in den Oststaaten die Unterstützung des IWF bei der Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen. Die ersten Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem IWF waren aber nur teilweise ermutigend gewesen. Im Falle Rumäniens wurden die Kontakte sogar ganz abgebrochen, nachdem sich das Land zu den indirekten Steuerungsmitteln des IWF, die auf die Drosselung der Gesamtnachfrage hinauslaufen, nicht bereit erklärte, sondern direkte Importrestriktionen vorzog.

Als die Transformation der ehemaligen Planwirtschaften in Markt- und Geldwirtschaften anstand, stellte sich heraus, daß keine Strategie für deren Wirtschaftstransformation existierte. Auch der IWF machte hierbei keine Ausnahme, sondern empfahl – nachdrücklich unterstützt durch die in Aussicht gestellten Kredite – die Maßnahmen, die seiner auf Entwicklungsländer zugeschnittenen Konzeption entsprachen ("Standardmodell" bzw. "Washingtoner Konsens").³ Es ergab sich, daß die Kredite und Ratschläge des IWF zwar im Baltikum und in Ostmitteleuropa, wo die Erinnerung an marktwirtschaftliche Traditionen und Institutionen sowie die Verbindung zum Westen noch vorhanden war, verhältnismäßig gute Resultate zeigten, jedoch nicht in den Kernländern der ehemaligen UdSSR (Rußland, Ukraine, Weißrußland, Kasachstan), wo seit den dreißiger Jahren das sowjetische Modell der Wirtschaftslenkung alle anderen Formen wirtschaftlicher Betätigung verdrängt hatte.

Das Engagement des IWF in Rußland 1992 bis 1997

Das Engagement des IWF in Rußland begann, nachdem Rußland im April 1992 Mitglied des Fonds geworden war, zunächst recht zögerlich. Erst im Juli 1992, also ein halbes Jahr nach Einsetzen der mit dem Namen Gajdar verknüpften Wirtschaftsreform, genehmigte der IWF einen Beistandskredit in

¹ IWF-Nachrichten Beilage, September 1998.

² Petra Pissulla, Zur Rolle von IWF, Weltbank und GATT in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, in: Berichte des BIOst 16/1991, S. 2ff. Als erstes Ostblockland wurde 1972 Rumänien Mitglied des IWF, 1982 folgten Ungarn, 1986 Polen und 1990 die ČSFR sowie Bulgarien.

³ Der Begriff "Washingtoner Konsens" bezog sich ursprünglich auf ein Abkommen zwischen IWF und Weltbank über die Abgrenzung der Zuständigkeiten, wird heute aber zur Bezeichnung der allgemeinen Grundsätze der makroökonomischen Strategie der internationalen Finanzinstitutionen benutzt. Siehe Marie Lavigne, Die Rolle der G7-Staaten und der internationalen Finanzorganisationen bei der Wirtschaftstransformation Mittel- und Osteuropas, in: BIOst (Hrsg.), Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung, München 1997, S. 300-312.

Höhe von einer Mrd. US-\$, der ab Jahresanfang 1993 zur Verfügung stehen sollte. Dies kontrastierte scharf mit den vollmundigen Versprechen der G7-Staaten, die Jelzin auf ihrem Apriltreffen 1992 immerhin 25 Mrd. US-\$ Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt hatten.⁴ Große wirtschaftliche Bedeutung hatten weder dieser erste Kredit noch die 1993 und 1994 gewährten Systemtransformationskredite im Umfang von jeweils 1,5 Mrd. US-\$. Denn bis einschließlich 1994 besorgte sich die russische Regierung das im Staatshaushalt fehlende Geld bei der eigenen Zentralbank, die unter ihrem damaligen (und heutigen) Leiter Geraščenko gerne dazu bereit war, obwohl sie dadurch eine Hyperinflation auslöste. Die Bedeutung der IWF-Kredite lag vor allem in ihrer psychologischen Signalwirkung auf andere öffentliche und private Kreditgeber, weil sie das Vertrauen des IWF in die Unumkehrbarkeit der marktwirtschaftlichen Reform dokumentierten.⁵ Erst ab 1995, als die russische Wirtschaftspolitik dem Ziel der Preisstabilität Priorität eingeräumt hatte und zu einer marktkonformen Finanzierung seiner Budgetdefizite auf dem Kapitalmarkt übergegangen war, war der IWF zu höheren Krediten bereit. Im April 1995 wurden 6,8 Mrd. US-\$ als Beistandskredit und im April 1996 weitere 10,1 Mrd. US-\$ als Erweiterter Kredit zugesagt; diese Mittel wurden in der Folge nur in monatlichen Raten ausgezahlt, nachdem sich das Moskauer IWF-Büro von der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen überzeugt hatte. Prompt kam es zur Zurückhaltung bzw. verzögerten Überweisung der Tranchen des Kredits von 1996, vor allem weil die Steuereinnahmen weit hinter den Ansätzen des Haushalts zurückblieben. Zurückgezahlt hat Rußland bislang nur rund 100 Mio. US-\$ des ersten Kredits von 1993. Ab 1999 sind dann Tilgungs- und Zinszahlungen im Umfang von jährlich mehreren Milliarden US-\$ zu leisten.

Die Forderungen des IWF an Rußland

Im Falle Rußlands wie der anderen Transformationsländer sah sich der IWF dazu veranlasst, umfassende Ratschläge für die Durchführung reformpolitischer Maßnahmen zu machen und seine Kredite als Druckmittel einzusetzen. Dieses Zuckerbrot- und Peitsche-Spiel funktionierte aber im Falle Rußlands nur in begrenztem Umfang, da der IWF auf Druck der USA keine allzu strengen Maßstäbe anlegen durfte, weil man "Rußland nicht fallen lassen durfte". Besonders deutlich wurde dies 1996 im Vorfeld der russischen Präsidentschaftswahl, als die Tranchen ausbezahlt wurden, obwohl der Staatshaushalt keineswegs in einer den IWF zufriedenstellenden Verfassung war; nach von Jelzin gewonnener Wahl wurde prompt die nächste fällige Kredittranche suspendiert. Daß die Hilfe des IWF in gewissen Phasen politisch motiviert war, wird nicht bestritten.⁶ Auf russischer Seite bemühte man sich, dem IWF zumindest formal entgegen zu kommen, indem die von diesem geforderten Reformschritte zugesagt wurden, man sich mit der Einhaltung der Versprechen jedoch Zeit ließ.

Im Zusammenhang mit dem Kredit von 1996 enthielt der Katalog des IWF mehr als 100 Punkte.⁷ Darunter war die Forderung nach einer Verschärfung des Gesetzes über Unternehmensbankrotte sowie die Weisung, Staatskredite nur noch auf dem Anleihemarkt – zu hohen Zinsen – aufzunehmen und keine direkte Kreditierung durch die Notenbank mehr zuzulassen; dies führte allerdings letztlich zu der Schuldenkrise des Jahres 1998, als der russische Staat nicht mehr in der Lage war, seine Rückzahlungsverpflichtungen durch Ausgabe neuer Staatsanleihen zu finanzieren. Ein weiteres Beispiel für die sehr detaillierten Forderungen des IWF gegenüber Rußland bietet ein Routineschreiben des leitenden Direktors des IWF, Michel Camdessus, vom 15.12.1997 an den damaligen Regierungschef Viktor Černomyrdin, der die Bedingungen für die Anfang 1998 anstehende Auszahlung einer Kredittranche des Kredits von 1996 in Höhe von 700 Mio. US-\$ präziserte.⁸ Unter anderem wurden dort der Erlaß von verschiedenen Regierungsverordnungen im Bereich der Budgetpolitik, die Einbringung eines Gesetzentwurfs in die Duma sowie die Publikation

⁴ Irving S. Michelman, *The March to Capitalism in the Transition Countries*. Aldershot et al., 1998, S. 20ff.

⁵ Ognian Hishow, *Rußland und der Internationale Währungsfonds*, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, 70/1996, S. 2.

⁶ Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier, *Rußland und der Westen im Jahr der Präsidentschaftswahlen. Interessen, Perzeptionen, Formen der Zusammenarbeit*, in: *Berichte des BIOst*, 37/1996, S. 8ff.

⁷ Aleksandr Veličnikov, *Bankrotstvo rossijskich kompanij organizovano MVB*, in: *Delovoj mir*, 1.-7.11.1996, S. 3.

⁸ Der vertrauliche Brief wurde im Wortlaut in der *Nezavisimaja gazeta*, 18.12.1997, S. 1, publiziert.

eines Ukas des Präsidenten verlangt. Nicht ganz zu Unrecht kommentierten dies die Journalisten mit den Worten: "Wozu brauchen wir eigentlich eine eigene Regierung?"

Rußland und der IWF seit der Augustkrise 1998: Mission impossible?

Als sich Mitte 1998 eine Währungskrise nach ostasiatischem Muster auch in Rußland abzeichnete, beschlossen – auf Druck der USA – IWF, Weltbank und Japan eine Stützungsaktion für den Rubel, wofür insgesamt 17 Mrd. US-\$ mobilisiert wurden.⁹ Der Anteil des IWF betrug 11 Mrd. US-\$, wovon innerhalb weniger Tage 3,8 Mrd. US-\$ auf dem Devisenmarkt ausgegeben wurden. Dann gab die Regierung Kirienko den Rubelkurs frei, was ihre Entlassung durch Präsident Jelzin zur Folge hatte. Seither weigerte sich der IWF, weitere Tranchen seines 1998 zugesagten Kredits auszuzahlen, was zur Folge hat, daß auch die von der Weltbank und Japan zugesagten Mittel eingefroren wurden. Rußland wiederum ist auf die Kredite dringend angewiesen, da ansonsten die Deckung seines Budgetdefizits für 1999 nur durch inflationstreibende Geldemission möglich ist.

Von den 17,5 Mrd. US-\$, die Rußland im Jahre 1999 eigentlich für Zinsen und Tilgung von ausländischen Krediten aus dem Staatshaushalt aufbringen müßte, will es auf jeden Fall 4,6 Mrd. US-\$ an den IWF bezahlen. Aber selbst dafür reichen die Staatseinnahmen nicht aus. So will die Regierung Primakov alles tun, um die Auszahlung der von IWF und Weltbank in Aussicht gestellten Kredittranche im Umfang von 4,5 Mrd. US-\$ zu erreichen. Der IWF wiederum verlangt als Grundlage dafür die Verabschiedung eines "harten" Budgets, das eine niedrige Inflationsrate erwarten läßt, denn nur bei geringer Inflation kann der Rubelkurs vor dem Absturz bewahrt werden und damit auch die Rückzahlung der (auf Dollar lautenden) Auslandsschulden aus dem föderalen Budget erfolgen.

Prompt wurde von der Regierung ein optimistischer Budgetentwurf zurechtgeschneidert:¹⁰ Das primäre Budget (d.h. ohne Berücksichtigung der Schuldentilgung) weist einen Überschuß ("Profizit") in Höhe von 1,7% des für 1999 vorausgeschätzten Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, sowie ein Gesamtdefizit des föderalen Budgets in Höhe von 2,5% des BIP. Unter Einbeziehung der Schuldentilgung ergibt sich ein Emissionsbedarf von nur 32,7 Mrd. Rubel. Die Inflation wird dem entsprechend für 1999 mit 30% angenommen (nach 80% in 1998), der Wechselkurs zu 21,5 Rubel pro Dollar angesetzt. Für das zweite Halbjahr 1999 wird bereits wieder Wirtschaftswachstum erwartet.

Doch darf dieses Budget getrost als nicht realistischer als die vorhergehenden bezeichnet werden: Bereits die vorgesehene Senkung der Steuersätze läßt Einnahmeausfälle wahrscheinlich werden; die im Budgetentwurf enthaltene Zunahme des Steueraufkommens von gegenwärtig 8-9% des BIP auf 12% des BIP wird wohl Illusion bleiben; die Emission wird somit weit mehr als den geplanten Umfang haben und entsprechend wird auch die Inflationsrate eher bei 100-200% als bei 30% liegen. Während der für 1999 vorgesehene Rubelkurs bereits Ende 1998 überschritten wurde, liegt ein Kursverfall auf 50 Rubel pro Dollar durchaus im Bereich des Möglichen. Damit würde erneut monetäre Instabilität drohen, die jegliche Aussichten auf Wirtschaftswachstum hinfällig werden ließen. Das von der Duma in erster Lesung (nach Rücktrittsdrohungen Primakovs) angenommene Budget für 1999 hat offenbar das Ziel, dem IWF die Entscheidung für die Mittelfreigabe möglichst leicht zu machen. Hierbei wird vonseiten der russischen Regierung in der Sache genau die Politik weiter verfolgt, die man den vorhergehenden Regierungen Černomyrdin und Kirienko ankreidete; auch der IWF wird, wenn er auf dieses Spiel eingeht, seinen Kurs der Unterstützung Rußlands beibehalten, um die völlige internationale Zahlungsunfähigkeit des Landes zu vermeiden.

Alternativen zum IWF?

Ob die Kreditierung einer Volkswirtschaft, deren gesamtwirtschaftliche Leistung Jahr für Jahr abnimmt, sinnvoll ist, kann grundsätzlich bezweifelt werden. Zwar kann der IWF auch dann von der

⁹ Ognian Hishow, Wechselkursanker oder Floating? Währungspolitik und Transformationsstau in Rußland, in: Berichte des BIOst, 1/1999, S. 20ff.

¹⁰ Vgl.: BBC, Summary of World Broadcast, Part I, SU/3419, 29.12.1998, S. 2ff.

fristgerechten Verzinsung und Tilgung seiner Kredite ausgehen (selbst wenn der russische Staat dafür weitere Kredite aufnehmen muß), doch geschieht dies unter Hintansetzung anderer wichtiger Staatsaufgaben. Wenn auch keine Einigung unter den Experten darüber bestehen dürfte, ob und warum das Konzept des IWF in Rußland gescheitert ist, hat es doch offenbar seine Grenzen erreicht und die Frage stellt sich, wie es weitergehen soll.

Schuldenerlaß

Wenn sich die wirtschaftliche Lage Rußlands 1999 nicht bessert, könnte auch für dieses Land ein letztes Mittel erwogen werden müssen, das sonst nur bei den ärmsten oder von Naturkatastrophen heimgesuchten Ländern in Frage kommt: der Schuldenerlaß (für die Altschulden der UdSSR bzw. die seit 1992 angehäuften staatlichen Schulden Rußlands). Ob sich dem dann – entgegen seinen Grundsätzen – auch der IWF anschließen würde, muß allerdings offen bleiben. (Immerhin will der Fonds gegenüber Nicaragua und Honduras auf 80% seiner Forderungen verzichten.) Für einen Schuldenerlaß, der das Föderationsbudget Rußlands erheblich entlasten würde, spricht aus westlicher Sicht, daß die Eintreibung der russischen Staatsschulden in den nächsten Jahren faktisch ausgeschlossen ist und bestenfalls mit dem Arrest der russischen Auslandsguthaben enden würde. Für einen Schuldenerlaß müssen aber bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden: Es muß gewährleistet sein, daß eine Entschuldung nicht einer erneuten Fehlentwicklung Vorschub leistet, indem der Krediterpressung eine neue Tür geöffnet wird.¹¹ Da die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses – außer im Falle von Naturkatastrophen – nicht nur der bisherigen Politik des Schuldners, sondern auch derjenigen der Kreditgeber ein vernichtendes Zeugnis ausstellt, sollte außerdem damit eine radikale öffentliche Selbstkritik – sowohl in Rußland als auch bei den internationalen Kreditgebern – verbunden werden.

Currency board

Wenn auf neue Kredite – außer zur Ablösung alter – verzichtet werden soll, so stellt sich die Frage, wie die Stabilität der russischen Währung künftig gesichert werden soll, die durch den niedrigen Erdölpreis und die damit verbundene negative Handelsbilanz gefährdet ist. Zwar verlangt ein völlig flexibler Wechselkurs keine Devisenstützung, doch ist damit im Falle einer starken Abwertung der "Import" von Inflation verbunden, da sich die Verteuerung der Importe auf das heimische Preisniveau entsprechend auswirkt. Als radikale Maßnahme bietet sich die Einführung des "Währungsrates" (currency board) an, wie er z.B. in Bulgarien, Estland und Litauen besteht. In diesem System wird die eigene Währung – hier der Rubel – gesetzlich an eine andere Währung (oder einen Währungskorb) gebunden; naheliegend wäre eine Anbindung an den Euro, was aus psychologischer Sicht günstig zu beurteilen ist, weil damit die Westorientierung Rußlands betont würde, ohne die monetäre Unterwerfung unter die Supermacht USA zu suggerieren. Die anfänglich festgelegte Geldmenge kann sich nur noch im Ausmaß des Zu- und Abflusses von Devisen verändern, wird also der Einwirkung durch die Zentralbank entzogen und dadurch automatisch knapp gehalten. Da der jederzeitige Umtausch der eigenen Währung in Devisen garantiert ist, gibt es keinen Grund für die "Flucht in den Dollar" und eine destabilisierende Spekulation auf Abwertung. Es gibt aber auch keine Möglichkeit mehr für Kredite der Zentralbank an den Staatshaushalt oder an das Bankensystem. Zwar sind die rein technischen Fragen eines derartigen Währungsrates für Rußland lösbar, offen muß allerdings bleiben, ob Rußland die damit verbundene Aufgabe seiner geldpolitischen Souveränität langfristig durchhalten kann und will. Es bedürfte schon einer drastischen Kehrtwendung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn mit dem Währungsrat ein geldpolitisches Regime installiert würde, das noch weit rigider ist als der viel gescholtene angeblich "monetaristische" Kurs der dem Kabinett Primakov vorausgegangenen Regierungen. Unter "normalen Umständen" wäre die Brauchbarkeit eines Währungsrats für Rußland auf absehbare Zeit negativ zu beantworten.¹² Unter den zu erwartenden Umständen einer fortdauernden Währungs- und Budgetkrise könnte es jedoch

¹¹ Renate Wilke-Launer, Vorsicht: Entschuldungsfalle!, in: Der Überblick, 4/1998, S. 2-3.

jedoch sein, daß eine künftige russische Regierung einen derartigen Schritt, der ja schon von den baltischen Staaten recht erfolgreich vorexerziert wurde, im Rahmen eines Rettungsprogramms für die Wirtschaft wagen könnte.

Ein neuer Marshallplan?

Die weitere Unterstützung Rußlands könnte sich, wenn von Auslandskrediten abgegangen werden sollte, das Modell des Marshallplans (European Recovery Programm, ERP) zum Vorbild nehmen, wobei 90% der Hilfen aus nicht rückzahlbaren Übertragungen bestand.¹³ Dabei wurden keine Devisen transferiert, sondern die Hilfslieferungen wurden vom Geberland (damals waren es nur die USA) direkt an die Exporteure bezahlt, während die Importeure in den Empfängerländern einen Gegenwert in einen nationalen Fonds (ERP-Sondervermögen) entrichteten, der im Lande verblieb und später zur Finanzierung von Investitionen diente (Wiederaufbaudarlehen). Dieses Modell vermeidet sowohl den Begehrlichkeit weckenden Zufluß von Dollarmilliarden (die weithin das Land als Fluchtkapital alsbald wieder verlassen), als auch das Jahre später unter unvorhersehbaren außenwirtschaftlichen Bedingungen auftretende Problem des Rücktransfers fremder Währungen. Praktisch würde eine derartige Hilfskonzeption allerdings eine präzise Zusammenarbeit zwischen Geber- und Empfängerland bei der Ausführung von Hilfslieferungen und damit einen bürokratischen Aufwand erfordern, bei dem sich fragen läßt, ob er gegenwärtig von den Geberländern gewünscht und von Rußland zu leisten ist. Wie die IWF-Kredite war auch die Marshallplanhilfe an Konditionen geknüpft und schon damals waren Probleme bei deren Einhaltung aufgetreten.¹⁴

Fazit

Der IWF – wie auch die Weltbank und die anderen internationalen Finanzorganisationen – war nur in begrenztem Umfang zur Hilfestellung bei der Transformation der russischen Wirtschaft in der Lage. Er mußte voraussetzen, daß ein großer Teil der Reformarbeit außerhalb seiner Zuständigkeit vollbracht wurde. Da dies nicht der Fall war, konnte auch die Kreditvergabe durch den IWF einen Erfolg der Wirtschaftsreformen in Rußland nicht garantieren. Ebenso stellen auch die oben diskutierten Möglichkeiten keine Allheilmittel dar, sondern erfordern die Einbettung in einen Gesamtzusammenhang reformerischer Maßnahmen.

Roland Götz

¹² So auch: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung u.a., Die wirtschaftliche Lage Rußlands, in: DIW Wochenbericht, 51-52/1998, S. 911-961, hier 941f.; Charles Enoch/Anne-Marie Gulde, in: Finance & Development, <http://www.imf.org/external/pubs>.

¹³ Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Privater und öffentlicher Ressourcentransfer nach Rußland, in: DIW Wochenbericht, 4/1997, S. 65-88, hier S. 77.

¹⁴ Barry Eichengreen/Marc Uzan, The Marshall Plan: economic effects and implications for Eastern Europe and the former USSR, in: Economic Policy, 14/1992, S. 15-75, hier S. 42ff.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>